Foto: Editpress/Julien Garroy

Tanklager im Hafen von Mertert: Geplant sind zusätzliche 90.000 Kubikmeter – ein Sprung von heute 60.000 auf künftig 150.000

Grenzenlose Verärgerung, gemeinsamer Widerstand

MERTERT-WASSERBILLIG Sorgen über risikoreichen Mega-Ausbau des Tanklagers im Hafen

Marco Goetz

Mertert-Wasserbillig stellt sich quer: Die Gemeinde lehnt die geplante Verdopplung des Tanklagers im Hafen Mertert ab. 90.000 zusätzliche Kubikmeter fossile Brennstoffe, potenzielle Sicherheitsrisiken und die Nähe zu Wohngebieten und Kläranlagen sorgen für heftigen Widerstand. Einstimmig verabschiedete der Gemeinderat am Freitagmorgen eine Resolution. Ob sie das Projekt aufhalten kann, ist fraglich.

Im Dunkel eines frühen Wintermorgens erinnert Wasserbillig mit den Leuchtreklamen der zahlreichen Tankstellen an Las Vegas. Beliebt ist dieses Bild nicht. Noch größer aber ist der Unmut über das Tanklager im Hafen Mertert, wo die Firma Tanklux seit den 60er-Jahren Benzin, Diesel und Kerosin lagert. Zwar stehen die Tanks vollständig auf Grevenmacher Gebiet, doch die geplante Verdoppelung der Kapazität sorgt in Mertert-Wasserbillig für kaum weniger Verärgerung und Widerstand als im direkten Nachbarort.

Geplant sind zusätzliche 90.000 Kubikmeter. Ein Sprung von heute 60.000 auf künftig 150.000 Kubikmeter nationale Reserve. „Eine Sauerei“, entfährt es einem Ratsmitglied. „Wir werden mit Tankstellen und Tanklager zugemüllt, wann hat das ein Ende?“ Andere verweisen auf das Alter der Anlagen: „Nach 60 Jahren wäre es eher Zeit, sie zurückzubauen.“ Und wieder andere erinnern an Einsätze der Feuerwehr und an Situationen, die bereits ohne Erweiterung heikel genug waren. Sicherheitstechnisch gäbe es wohl Möglichkeiten, aber die müssten erst angeschafft werden und rechtzeitig und effektiv umsetzbar sein. Käme es zum Ernstfall, wären die Folgen für Umwelt und Umgebung erheblich.

Schlechte Kommunikation

Bürgermeister Jérôme Laurent lässt keinen Zweifel an seiner Verärgerung. Die Gemeinde sei „auf dem falschen Fuß“ erwischt worden. Die Kommunikation der zuständigen Verwaltungen sei schlecht und intransparent gewesen. Vor allem kritisiert er die kurze Einsichtsfrist für ein umfangreiches und komplexes Dossier, das ausschließlich in Papierform vorgelegt wurde. Eine digitale Version, die es aus seiner Sicht „mit Sicherheit geben muss“, sei trotz Anfrage nicht zur Verfügung gestellt worden. „Das ist nicht mehr zeitgemäß und schränkt die Analyse unnötig ein“, sagt Laurent. Zumal die Verwaltung parallel am Haushaltsentwurf gearbeitet und schlicht nicht die Kapazität gehabt habe, jedes Detail unter die Lupe zu nehmen.

Substanzielle Sicherheitslücken

Was dennoch geprüft werden konnte, wirft Fragen auf. Im Sicherheitskonzept finden sich laut Laurent „substanzielle Lücken“, etwa zur Gefahr von Kettenreaktionen im Katastrophenfall, zur städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde oder zur Nähe einer regionalen Kläranlage. Auch das Entladen der Tankschiffe auf der Mosel sei nur oberflächlich behandelt worden. Aspekte wie Vandalismus, Terrorismus oder weitere geplante Infrastrukturen tauchten überhaupt nicht auf. Zudem fehle eine Stellungnahme des CGDIS. All das mache eine fundierte Bewertung des Vorhabens unmöglich. Nicht nur in Mertert-Wasserbillig, sondern in allen betroffenen Gemeinden, auch auf deutscher Seite.

Gemeinsam gegen Erweiterung

Laurent stellt zudem die Grundfrage nach der strategischen Logik des Projekts: Wie seien zusätzliche fossile Lagermengen überhaupt zu rechtfertigen, angesichts europäischer Energieziele und der laufenden Energiewende? Der Gemeinderat reagierte geschlossen. Am Freitagmorgen verabschiedete das elfköpfige Gremium einstimmig eine Resolution gegen das Projekt in seiner aktuellen Form. Diese geht nun an die zuständigen Verwaltungen.

Ob die Resolution etwas bewirkt, bleibt offen. Laurent selbst zeigt sich eher skeptisch: „Wenn die Prozedur alle Vorgaben erfüllt, weiß ich nicht, was noch getan werden kann.“ Auch Grevenmachers Bürgermeisterin Monique Hermes habe dann wenig Spielraum, um ihre Zustimmung zu verweigern. „Wir wollen solidarisch sein und sehen, was dabei herauskommt.“

Mit dieser Position steht Mertert-Wasserbillig, wie zuvor erwähnt, nicht allein. Wie der *Trierische Volksfreund* am 8. Dezember berichtete, stellen sich sämtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Region in einer gemeinsamen Erklärung gegen die geplante Erweiterung des Tanklagers. Sie warnen vor Gefahren und Belastungen für die Menschen auf beiden Seiten der Mosel und kritisieren den plötzlichen Zeitdruck, der eine gründliche Befassung kaum erlaube.

Ein Déjà-vu: Bereits 2015 hatte es ähnliche Erweiterungspläne gegeben. Nach anhaltenden Protesten wurde es ab 2019 still um das Projekt. Bis jetzt.

Foto: mago

Jérôme Laurent: „Im Sicherheitskonzept finden sich substanzielle Lücken“

Sporthalle für 50 Millionen

Der Gemeinderat Mertert-Wasserbillig hat am Freitagvormittag einstimmig den nächsten großen Schritt für den „Campus scolaire, sportif et culturel“ in Wasserbillig beschlossen. Bürgermeister Jérôme Laurent stellte in seiner Rede die Leitlinien vor, während verschiedene „Bureaux d’études“ die jüngsten Planungsdetails präsentierten.

Die neue Sporthalle bildet den ersten großen Baustein des künftigen Campus und soll sich harmonisch in das Stadtbild einfügen: viel Vegetation, klare Wegeführung und sichere Zugänge. Geplant wird bewusst mit langlebigen Materialien und einem energiesparenden Konzept, die Heizung soll über Holzpellets laufen. Auch großzügige Parkflächen sind vorgesehen.

Die Halle wird so dimensioniert, dass fast sämtliche Hallensportarten auf höchstem nationalen Niveau ausgetragen werden können. Vorgesehen sind außerdem eine Kletterhalle, Tribünen sowie ein Ausschank mit Außenterrasse. Die Architektur berücksichtigt bereits eine spätere zweite Phase, in der sich ein Kulturzentrum nahtlos an die Halle anschließen soll. Gearbeitet wird im sogenannten „anderthalb Schichten-Rhythmus“, um die Bauzeit zu optimieren. Baubeginn soll 2026 sein. Die Fertigstellung der Sporthalle ist für 2029 geplant.

Die Kosten liegen bei knapp 50 Millionen Euro, abzüglich staatlicher Unterstützung, deren genaue Höhe noch unklar ist. Auch mit Zuschüssen bleibt das Projekt finanziell anspruchsvoll. „Aber es ist im Interesse der Bürger und der Vereine eine Sache, die Sinn ergibt“, betonte Bürgermeister Laurent.

Resolution gegen Tanklager-Ausbau

Auf Vorschlag des Schöffenrates sieht sich der Gemeinderat dazu veranlasst, einstimmig folgenden Antrag an die federführenden staatlichen Verwaltungen zu richten:

Der Gemeinderat lehnt das Projekt in vorliegender Form ab. Er erklärt sich solidarisch mit allen betroffenen luxemburgischen und deutschen Gemeinden und beauftragt den Schöffenrat, weitere Konsultationen zu führen und auf eine Verhinderung der Erweiterung hinzuwirken. Bei den zuständigen Verwaltungen wird ein sofortiger Stopp der Veröffentlichungsprozedur beantragt. Der Gemeinderat fordert von der Regierung eine Neubewertung der erforderlichen fossilen Brennstoffreserven und beantragt eine schadensorientierte Besteuerung fossiler Brennstoffe zugunsten der belasteten Grenzgemeinden durch den Tanktourismus.